



Die Arbeiterklasse muß ihre geschichtliche Aufgabe erkennen und im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf für eine klassenlose Gesellschaft aufnehmen

DIE REVOLUTIONÄRE STIMME

Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten - Leninisten
2. Jg. Nr. 7/8 NEUE EINHEIT 12. 4. 72 40 Pf.

Demonstration der revolutionären Arbeiterklasse am 1. Mai

Treffpunkt 11^h Leopoldplatz

**Abschlusskundgebung 13^{30h}
Brunnenplatz**

Demonstrationsroute: Leopoldplatz - Müllerstraße - Amsterdamer Straße - Liebenwalder Straße - Schulstraße - Exerzierstraße - Badstraße - Prinzenallee - Soldiner Straße - Freienwalder Straße - Stettiner Straße - Badstraße - Brunnenstraße - Ramlerstraße - Graunstraße - Lortzingstraße - Brunnenstraße - Usedomer Straße - Feldstraße - Ackerstraße - Hermsdorfer Straße - Gartenstraße - Gerichtstraße - Kolberger Straße - Wiesenstraße - Pankstraße - Brunnenplatz.

INHALT:

Zu dieser Demonstration heißt es im Aufruf zum 1. Mai 1972 der KPD/ML (NEUE EINHEIT):

"Diese Demonstration wird eine Demonstration des unversöhnlichen Kampfes gegen Imperialismus und Sozialimperialismus in all ihren Erscheinungen sein. Sie wird sich insbesondere auch gegen die korrupte Gewerkschaftsführung, gegen das DGB-Kapital richten. Es wird eine Demonstration sein für die Solidarität der Arbeiterklasse, die sich gegen das ganze arbeitseristokratische Lumpenpack, gegen die vom Imperialismus bestochenen Elemente in der Arbeiterklasse, gegen die Sozialdemokratie richtet. Sie wird kundtun, daß die Arbeiterklasse beginnt aufzustehen, daß sie in ihren eigenen Reihen reinen Tisch macht, einen klaren Trennungsstrich zwischen sich selbst und der Arbeiteraristokratie zieht."

Unterstützt die revolutionäre Maidemonstration der KPD/ML (NEUE EINHEIT)!	S. 2
Die faulen Ziele der "Revolutionären Gewerkschaftsopposition" der 'KPD'	S. 2
Der Niedergang der DDR	S. 4
Zu den Betriebsratswahlen	S. 7
Die Lehren der Hausbesetzung	S. 10
Feiger Überfall auf einen Genossen der KPD/ML (NEUE EINHEIT)	S. 11
Die 'KPD' greift zu Terrormethoden faschistischer SA-Banden	S. 12
Niederträchtiger Massenmord des türkischen Faschismus	S. 14

Unterstützt die revolutionäre Maidemonstration der KPD / ML (NEUE EINHEIT) !

Die KPD/ML (NEUE EINHEIT) hat zum 1. Mai zu einer Demonstration der revolutionären Arbeiterklasse aufgerufen. Dies ist zur Notwendigkeit geworden, weil nur unsere Partei einen unversöhnlichen Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus in allen ihren Erscheinungen führt. Sie ist deshalb auch die Kraft, die dagegen aufzutreten muß, daß am 1. Mai die Agenturen des westdeutschen Imperialismus, die 'KPD', bzw. des sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus, die SEW, mit ihren beiden Demonstrationen die revolutionäre Bewegung unter sich subsumieren. Sie hat mit der Anmeldung ihrer Demonstration ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse, gegenüber den Massen wahrgenommen, das Banner der Revolution aufzupflanzen und es nicht den Feinden preiszugeben.

Von verschiedenen Seiten, z.B. von der KPD/ML (Rote Fahne), wurde uns nun aber vorgeworfen, wir hätten mit der Anmeldung einer eigenen Demonstration voreilig gehandelt, wir hätten uns erst einmal mit den anderen Organisationen absprechen sollen, wir würden "Machtpolitik" betreiben. Diese Vorwürfe sind vollkommen unberechtigt. Es ist die opportunistische Politik solcher Organisationen wie der KPD/ML-(Rote Fahne) und der KPD/ML-(Roter Morgen), die sie jetzt in eine Klemme manövriert hat. Diese Organisationen müssen sich nämlich entscheiden, welcher Demonstration sie sich anschließen, welche Politik gegenüber der Arbeiterklasse sie unterstützen.

Ihre Politik unterscheidet sich nicht prinzipiell von der der 'KPD', weil sie versöhnlicher gegenüber dem DGB-Apparat und der Arbeiteraristokratie ist. Trotzdem können sie sich nicht ohne weiteres der 'KPD' anschließen, weil die 'KPD', die im Gegensatz zu ihnen die volle Unterstützung des DGB-Apparates und der Sozialdemokratie genießt, jetzt immer frecher mit Lügen, Verleumdungen und Terrormethoden diese beiden Konkurrenten aus dem Felde schlagen will. Vor allem aber würden sie einer bereits entlarvten Agentur des westdeutschen Imperialismus hinterhertraben, was sie sich weder vor den

Massen noch vor ihren Mitgliedern leisten können, wenn sie weiterhin ihren revolutionären Anspruch aufrechterhalten wollen.

Schließen sie sich aber der revolutionären Demonstration an, dann geben sie zu, daß unsere Partei in ihrer prinzipiellen Politik gegenüber der 'KPD' recht hat, daß ein feindlicher Gegensatz zwischen der revolutionären Politik und der Politik der 'KPD' besteht. Nun ist es aber so, daß sie sich mit ihrer opportunistischen Politik gar nicht prinzipiell der 'KPD' entgegenstellen können. Im Gegenteil, sie haben bislang eine Art von politischem Puffer zwischen unserer Partei und der 'KPD' gebildet, indem sie unsere Angriffe gegen die 'KPD' abgeschwächt haben. Umso mehr müssen aber die Führer dieser Organisationen jetzt fürchten, daß unsere revolutionäre Politik auf die Mitglieder ihrer Organisationen anziehend wirkt. Dabei muß es ihnen besonders peinlich sein, daß sie bisher versucht haben, unsere Partei totzuschweigen.

Sollten sie einen Ausweg aus ihrer Klemme darin suchen, eine vierte Demonstration anzumelden, so dürfte es ihnen allerdings schwerfallen, dies politisch zu begründen.

Wie auch immer sie sich entscheiden, steht ihr Opportunismus am Franger; allerdings haben sie noch die Wahl, die konterrevolutionären Kräfte oder die revolutionären Kräfte zu unterstützen. Wir rufen alle revolutionären Mitglieder und Sympathisanten dieser Organisationen dazu auf, die revolutionäre Politik zu unterstützen und sich unserer Mai-Demonstration anzuschließen, wie auch immer sich ihre Führer entscheiden.

Was hätte es nun bedeutet, wenn unsere Partei nicht selbst die Initiative ergriffen hätte, zu einer revolutionären Mai-Demonstration aufzurufen, sondern zunächst mit diesen Organisationen verhandelt hätte, um eventuell ein einheitliches Vorgehen mit ihnen zu erreichen? Es hätte bedeutet, die Erfordernisse der revolutionären Bewegung zu mißachten, dem Opportunismus Zugeständnisse zu machen und damit unsere prinzipielle Politik aufzugeben.

Die faulen Ziele der "Revolutionären Gewerkschaftsopposition" der 'KPD'

Zur Zeit versuchen sogenannte 'gewerkschaftliche Mai-Komitees' vor und in den Betrieben die Arbeiter für die SEW und 'KPD' zu gewinnen. Diese 'gewerkschaftlichen Mai-Komitees' wollen möglichst viele Arbeiter für jeweils ihre Demonstration mobilisieren. Sie treten entweder offen für eine gewerkschaftliche Arbeit innerhalb des DGB ein wie die SEW oder sie treten mit scheinbar radikalen Parolen wie "Für den Aufbau einer revo-

lutionären Gewerkschaftsopposition!" an die Arbeiter heran wie die 'KPD', ebenfalls mit dem Ziel, ihnen einzureden, man könne innerhalb des DGB etwas für die Arbeiterklasse herausholen. In der Tat wollen sie jedoch nur die Arbeiter mit scheinbar radikalen Parolen weiterhin an den DGB ketten und ihre eigenen Positionen innerhalb des DGB ausbauen.

Wir wollen hier vor allem auf das 'gewerkschaftliche Mai-Komitee' der 'KPD'

zu sprechen kommen, das mit seinen pseudorevolutionären Forderungen gerade die fortschrittlichen Arbeiter täuschen will und nicht so offensichtlich wie die SEW und ihr 'gewerkschaftliches Mai-Komitee' ein Anhängsel, eine Reserve des DGB-Apparates bildet. Dieses Komitee erweckt in seinen Aufrufen den Anschein, als ob die fortschrittlichen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder aufgrund des Betrugs der Gewerkschaftsbonzen jetzt den Kampf innerhalb der Gewerkschaften aufnehmen und eine "revolutionäre Opposition" bilden wollen, als ob ihr Interesse am DGB wächst.

Tatsächlich ist genau das Gegenteil der Fall. Die Masse der Mitglieder des DGB hat längst schon den Betrug der DGB-Führer erkannt; unter der gesamten Arbeiterklasse sind die DGB-Bonzen als DGB-Kapitalisten bekannt; innerhalb der Betriebe wächst der Haß gegen die völlig korrupten Betriebsräte, Vertrauensleute, die an jeder Einführung und Verschärfung der Arbeitshetze, den Rationalisierungen und Entlassungen beteiligt sind. Die Funktionäre in den Betrieben sind bereits in den letzten Streiks dazu übergegangen, Arbeiter, die außerhalb des DGB stehen, zum Eintritt zu zwingen; in einigen Betrieben der Druckindustrie wird man erst gar nicht eingestellt, wenn man nicht Mitglied ist. Diese Entwicklung läuft einher mit einer allgemeinen Radikalisierung unter den Arbeitern und Jugendlichen, der Tendenz, endlich aus der Stagnation und Ausweglosigkeit herauszukommen und sich den Weg zur Befreiung zu bahnen.

Die 'KPD' will die Arbeiter an den DGB - Apparat ketten

Die 'KPD' und ihr 'gewerkschaftliches Mai-Komitee', die sich innerhalb der linken Bewegung als besonders mit den Massen verbunden aufspielen, wirken durch ihre Propaganda, die darauf abzielt, den DGB zu stärken, genau der Bewegung der Arbeiterklasse entgegen. Systematisch verharmlost diese Organisation und ihr Mai-Komitee das Wesen des DGB. Sie versuchen den Arbeitern weiszumachen, daß man den DGB, der von vornherein als ein Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse aufgebaut wurde, daß man dieses Instrument der Bourgeoisie durch den Druck von innen wieder zu einer Organisation der Arbeiterklasse machen kann. Sie verharmlosen die Ziele des DGB, indem sie nur den Punkt angreifen, daß der DGB mit seinen Mitbestimmungsplänen und seinem Kapital Illusionen verbreiten will. Als ob es nicht im Wesen des Kapitals liegt, sich zu vermehren, Macht zu konzentrieren und schließlich die ganze Macht an sich zu reißen. Als ob es sich bei dem DGB-Kapital um irgendwelche genossenschaftlichen Unternehmen handle. Wir schreiben darüber bereits in der "Revolutionären Stimme" Nr. 1/2/1972:

"Das Entscheidende an diesen "Gewerkschaftsunternehmen" ist nämlich, daß es Kapital in den Händen der Gewerkschaftsführer ist, die Agenten des Imperialismus sind und die sich

mit diesem Kapital selber eine Grundlage schaffen, mit dem sie selbst zur imperialistischen Bourgeoisie aufsteigen und mit ihr konkurrieren." Es zeigt sich bei der 'KPD' wirklich deutlich, wenn sie von der Verbreitung von Illusionen spricht, daß sie es ist, welche Illusionen über den tatsächlichen Charakter des DGB verbreitet.

Die 'KPD' will zur führenden Clique innerhalb des DGB-Apparats werden

Wie sieht nun aber der Kampf der 'KPD' in den Gewerkschaften aus und was bezweckt die 'KPD' damit? Es ist nicht etwa so, daß es keine Widersprüche zwischen den DGB-Führern und der 'KPD' gibt. Zum einen arbeiten bestimmte "linke" Cliquen innerhalb des DGB schon mit der 'KPD' Hand in Hand, da die DGB-Führer nicht mehr zugkräftig genug sind, die Arbeiter an der Leine zu halten, und um dieser Aufgabe weiterhin gerecht zu werden, immer mehr Pseudorevolutionäre in ihren Apparat einbeziehen müssen. Beispielsweise zeigte sich dieses Paktieren bei Siemens, als die 'KPD' zur Unterstützung der IG-Metall-Liste aufrief. Zum anderen aber ist die 'KPD' ein ernstzunehmender Konkurrent der Vetter, Sickert und Co., eben weil diese nicht mehr zugkräftig genug sind, um die Arbeiter an der Leine zu halten.

Wenn die 'KPD' die Arbeiter aufruft, innerhalb der Gewerkschaften den Kampf aufzunehmen, dann bleibt den Arbeitern im Grunde nur der Kampf um Posten in Betriebsräten, Vertrauensleutkörpern und Gewerkschaftsgremien. Damit knüpft die 'KPD' genau an den reaktionärsten und übelsten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung wieder an; an dem Nachtrab, sich auf Posten innerhalb der Körperschaften zu stützen, ohne zu prüfen, ob sie wirklich zur Interessenvertretung der Arbeiterklasse dienen können.

Im Unterschied zu den Betriebsräten und gewerkschaftlichen Rechten vor 1933, die von den revolutionären Aufständen der deutschen Arbeiterklasse übriggeblieben waren, sind heute die Posten im DGB allerdings von vornherein eingerichtete Institutionen der Bourgeoisie für die korrupten "Arbeiterführer". Der "revolutionäre" Kampf der 'KPD' innerhalb des DGB entpuppt sich in Wirklichkeit als der vom herkömmlichen Kapital und den verknöcherten und längst schon als korrupt erkannten Bonzen so gefürchtete Machtkampf innerhalb der bislang von ihnen beherrschten Institutionen. Wobei unter solchen Cliquen wie der 'KPD' letztlich nichts anderes als ein DGB in 'linkem' Gewand, eine Organisation zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, die sich noch mit pseudorevolutionären Phrasen tarnt, herauskommen kann.

Aus diesem Grunde ist das Treiben des 'gewerkschaftlichen Maikomitees' und der 'KPD' so gefährlich und der Gipfel der Heuchelei. Denn es handelt sich bei den Plänen der 'KPD' keineswegs um irgendeine Utopie. Vielmehr setzen die 'KPD'-Führer ihre Hoffnung vor allem darauf, daß die Bourgeoisie in Zukunft

verstärkt auf "linke" Arbeiteraristokraten angewiesen ist, die die Arbeiterklasse von revolutionären Kämpfen abhalten sollen, um die Existenz dieser vollkommen verfaulenden Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten. Es gibt sogar Tendenzen in der Bourgeoisie, die sich von einem solchen sozialfaschistischen System unter der Führung von pseudorevolutionären Arbeiteraristokraten, - ähnlich wie es heute in der Sowjetunion herrscht - noch eine gewisse Verlängerung ihrer Herrschaft versprechen. In diesem Zusammenhang ist genauso auch das ganze Wachstum und Wuchern der 'KPD' zu sehen, denn sie zieht natürlich die modernen und aktiven Arbeiteraristokraten in ganz Westdeutschland wie eine Goldmine an.

Die von ihr ins Leben gerufenen Maikomitees tragen den gleichen heuchlerischen Charakter. Diese Komitees setzen sich zusammen zum einen aus dem üblen Abklatsch der sich schon ewig dem DGB-Apparat anbietenden Jugendgruppen, den "linken" Betriebsräten, Vertrauensleuten und übrigen aufstrebenden Karrieristen, zum anderen aus einer relativ kleinen Anzahl von Arbeitern und Lehrlingen, die diese Cliques noch nicht durchschauen. Diese Gruppen rücken den herkömmlichen Bonzen so stark auf die Pelle, daß sich diese bereits teilweise zu Konzessionen gezwungen sehen, so bei den Betriebsrats-Wahlen, andererseits aber auch die zu Aufdringlichen, wo sie noch können, klar in die Schranken weisen. Dieser üble Haufen versucht als Sammelbecken der "linken" Arbeiterari-

stokraten unter Führung der 'KPD' die Masse der Arbeiter über ihre tatsächlichen Absichten hinwegzutäuschen und spielt sich vor ihnen als fortschrittliche gewerkschaftliche Opposition auf.

Der wahnwitzige Versuch der 'KPD', die Arbeiter erneut zu betrügen, wird angesichts der Vorsicht der Arbeiter gerade gegen die bestochenen Elemente, die Spalter in ihren eigenen Reihen, fehlschlagen und die Arbeiterklasse lehren, um so wachsamer und gründlicher zu sein. Er wird angesichts des aufgestauten Hasses gegen die Unterdrückung von Seiten der Bourgeoisie und der von ihr gekauften Arbeiteraristokraten, die bevorstehende revolutionäre Erhebung forcieren und in deren Verlauf solche sozialfaschistischen Cliques, solche sich radikal gebärdenden Agenturen der Bourgeoisie wie die 'KPD' gleich mit hinwegspülen. Der "linken" DGB-Reserve müssen die Arbeiter und Jugendlichen am 1. Mai eine deutliche Abfuhr erteilen. Die Arbeiterklasse braucht einen 1. Mai, der endlich das Signal für das Auferstehen aus der Stagnation und Perspektivlosigkeit ist; der insbesondere gegen den Abschaum des Imperialismus, die Arbeiteraristokraten gerichtet ist, die jetzt mit ihren pseudolinken Organisationen verzweifelt versuchen, die Arbeiterklasse noch einmal zurückzuzerren und in den DGB-Sumpf zu manövrieren. Die Arbeiterklasse muß dokumentieren, daß sie selbständig und im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf aufnehmen wird.

Der Niedergang der DDR

Viele Westberliner, die über Ostern in der DDR waren, empören sich zurecht über die widerwärtige Heuchelei, mit der die dortige Schmarotzer- und Ausbeuterclique ihre Herrschaft als "Sozialismus" ausgibt und vom "Arbeiter- und Bauernstaat" faselt. Die heutige DDR hat nichts, aber auch gar nichts mehr gemein mit dem Sozialismus, den wir Kommunisten anstreben und für dessen Verwirklichung die Kommunisten die Massen aufgerufen haben. Im Gegenteil, man kann gerade an der DDR von heute sehen, was eine Arbeiteraristokratische Herrschaft bedeutet.

Die heutige DDR ist auch kein Gegenbeweis dafür, daß es für die Massen nicht lohnt oder nicht möglich ist, den Sozialismus, eine wirklich menschliche Gesellschaft zu errichten, wie die westliche Propaganda es zu drehen versucht. In jedem Fall steht der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus auf der Tagesordnung. Der Sozialismus ist eine Gesellschaftsordnung, wo die Massen planmäßig für ihre eigenen Bedürfnisse produzieren und nicht für die Profite von Ausbeutercliquen, wo auch die politische Macht in den Händen der werktätigen Massen liegt und die gestürzte Ausbeuterklasse niedergehalten wird, wo es also wirkliche Demokratie und Freiheit für die Massen und eine Diktatur gegenüber der Kapitalistenklasse und ihrem Anhang gibt.

Es läßt sich zeigen, daß die Entartung des Sozialismus in der DDR keineswegs zwangsläufig gewesen ist, daß eine solche Entartung des Sozialismus von den Massen verhindert werden kann und daß zudem, unter den heutigen Bedingungen, nach einer erfolgreichen proletarischen Revolution in Deutschland, eine nochmalige Restauration kapitalistischer Verhältnisse wie in der DDR sehr unwahrscheinlich ist. Die heutige DDR beweist nur, daß dort eine Revolution der Arbeiterklasse gegen die neuartige, sich "sozialistisch" gebende Ausbeuterclique notwendig und unvermeidlich ist.

Wie ist es zu einer solchen Entwicklung in der DDR gekommen?

In der DDR haben die deutschen Kommunisten nicht deshalb gesiegt, weil sie untrennbar mit den Massen verbunden waren und die proletarische Revolution erfolgreich geführt haben. Die Kommunisten waren zwar die einzigen, die konsequent gegen den Faschismus gekämpft haben. Sie erwiesen sich aber als zu schwach, um die Massen gegen den Hitlerfaschismus zu gewinnen und sie zu seinem Sturz zusammenzuschweißen. Erst die Rote Armee zerschlug das faschistische Joch.

Der deutsche Imperialismus war also von außen zerschmettert worden. Die Mehrheit

der deutschen Arbeiterklasse betrachtete sich aber zunächst ebenso wie die anderen Klassen als besiegt. In vielen Köpfen saß die faschistische Ideologie noch fest.

Es ging für die Volksmassen in Deutschland darum, einen Bruch mit den Fehlern der Vergangenheit, mit der Tradition des Einheitsrotens hinter dem Imperialismus, dem Versagen gegenüber der Reaktion herbeizuführen. In diesem Kampf hat die SED in der SBZ und später in der DDR Großes geleistet. Sie hat die fortschrittlichen Kräfte zusammengeschlossen, und eine anti-faschistische-demokratische Umwälzung vollbracht, wo mit Kriegshetzern, Kriegsgewinnlern, eingefleischten Faschisten und Reaktionären hart und konsequent abgerechnet wurde und die Massen sich von dem verantwortungslosen, spießhaften Trotz in gewissem Maße befreiten. Sie hat besonders in Mecklenburg und Brandenburg eine Bodenreform durchgeführt, wo die Junker zugunsten der armen Bauern und Landarbeiter entschädigungslos enteignet wurden und damit ein traditioneller Hort finsterster Reaktion und Unterdrückung beseitigt wurde. Unter Führung der SED sind die Monopole, die an Hitlers Raubkrieg profitiert haben, enteignet worden, und es wurde allmählich eine sozialistische Planwirtschaft aufgebaut. Die SED kämpfte gegen die jahrzehntelange antikommunistische, antisowjetische Hetze und legte unter breiten Massen den Grundstein für eine wirkliche Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Sowjetvölkern.

Diese Politik, die eine fortschrittliche, revolutionäre Politik war und im Einklang mit den Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens der Alliierten stand, wurde von den Imperialisten, insbesondere von Westberlin her, naturgemäß mit allen Kräften verleumdet und in jeder Weise geschädigt, wobei diese gemeine Verbrechen verübten. Deutschland wurde von den amerikanischen, den englischen, den französischen und den Überresten der deutschen Imperialisten **gespalten**, die in Westdeutschland alle reaktionären und faschistischen Kräfte stützten und aus aller Welt konterrevolutionäres Gesindel zusammenzogen, um den Vormarsch des Sozialismus in Europa und eine antifaschistische demokratische Entwicklung in ganz Deutschland aufzuhalten.

Obwohl die SED in dieser Zeit eine im Prinzip richtige Politik verfolgt hat, ist es ihr nicht gelungen, wirklich mit den Massen zu verschmelzen, die breiten Massen für den Kommunismus zu mobilisieren, ihre schöpferische Initiative, ihren Heroismus, ihren Drang, die Welt umzugestalten zur vollen Entfaltung zu bringen. Entscheidend war, daß die KPD und die SED ideologische Schwächen zeigten, daß selbst die besten Führer kein völliges Vertrauen in die Massen hatten, daß sie stattdessen zum Pazifismus und Versöhnertum mit dem Sozialdemokratismus neigten. Es fehlte ihnen die völlige Konsequenz, die Reaktion in jeder Erscheinungsform bis zum letzten zu bekämpfen, wie sie gerade die bolschewistische Partei Lenin und Stalins und solche Führer wie Ernst Thälmann auszeichnete.

Nach dem Hitlerkrieg kann man in der Politik der KPD und der SED von Anfang an einen Zug zur Beschönigung der Sozialdemokra-

tie, zur "Einheit", zum Anbiedern an die Sozialdemokratie finden. Dabei waren Schumacher, Ollenhauer, Reuter, Brandt und andere Lumpen, die die westdeutsche SPD führten, die übelsten Hetzer und Demagogen großen Stils gegen den Kommunismus, Leiter von Agentenzentralen, die sich selbst an den anglo-amerikanischen Imperialismus verkaufte hatten, und Spalter der Nation.

Gegenüber dem Sozialdemokratismus dürfen die Kommunisten in keinem Fall versöhnlich sein. Das ist ihr Tod. Der Sozialdemokratismus bekennt sich den Worten nach zum Sozialismus und zur Revolution, wobei er in Wirklichkeit vom Marxismus nur die äußere Hülle anerkennt und den revolutionären Inhalt abwürgt. Er ist eine imperialistische Ideologie, die gegen den unveröhnlichen proletarischen Klassenkampf gerichtet ist, wobei sie ihr Wesen hinter lügenhaften Phrasen über den Sozialismus verbirgt. Der Sozialdemokratismus entspricht der Arbeiteraristokratie, einer bürokratischen Schicht aus der Arbeiterklasse, die vom Imperialismus korrumpiert und bestochen wird und von der Niederhaltung der Arbeiterklasse lebt.

Die Entartung der SED

Die SED ging 1956 den Weg des geringsten Widerstandes und schloß sich dem Chruschtschowschen Revisionismus an, der eine Spielart des Sozialdemokratismus ist und sich in der KPdSU durchsetzte. Der Widerstand innerhalb der SED gegen den Revisionismus war im Verhältnis zu anderen Parteien relativ gering. Der Marxismus-Leninismus war weder in den Massen noch in der Partei fest verwurzelt. Mit der Duldung des Pazifismus und des Versöhnertums gegenüber dem Sozialdemokratismus war die Fäulnis in der SED schon angelegt.

Wenn sich der Sozialdemokratismus in einer proletarischen Organisation als vorherrschende Linie durchsetzt, dann hat diese Organisation ihr Wesen verändert, dann bedeutet es, daß die Bourgeoisie der Arbeiterklasse ihre einzige Waffe im Kampf um die Macht, ihre Organisierung aus der Hand geschlagen hat. Dann bedeutet es, daß karrieristische, arbeiteraristokratische Elemente und Agenten der Bourgeoisie die Arbeiterklasse unter heuchlerischen Phrasen jetzt für die Interessen der Bourgeoisie organisiert halten und an ihre imperialistischen Ziele zu ketten suchen. Das zeigen die Erfahrungen der Entartung revolutionärer Arbeiterparteien in der Vergangenheit.

Andererseits zeigen die Erfahrungen auch, daß die sozialdemokratische Entartung der kommunistischen Parteien sehr wohl verhindert werden kann, wenn die Revolutionäre einen konsequenten ideologischen Kampf führen und, auf die Massen gestützt, Agenten und andere feindliche Elemente aus den Reihen der revolutionären Massen hinaus säubern.

Die Große Proletarische Kulturrevolution in der VR China ist ein großartiges Beispiel dafür, wie die revolutionären Massen die bürgerliche Ideologie bis in die Wur-

zeln kritisieren und dem Versuch einer Handvoll von Reaktionären, die Partei und den proletarischen Staat umzustülpen, eine vernichtende Abfuhr erteilen, indem sie in riesigen Polemiken Kritik und Selbstkritik entfachen und die getarnten bürgerlichen Ideologen und unverbesserlichen Elemente völlig isolieren und entmachten.

Die üble Herrschaft der DDR-Revisionisten

In der Folge ihres revisionistischen Verrats entartete die Führung der SED zu einer feigen Schmarotzer-Clique am Gängelband des sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus. Der sowjetrevisionistische Sozialimperialismus raubt die DDR zunehmend durch ungleiche Handelsverträge aus. Er zwingt die DDR jetzt im Rahmen des Ost-West-Geschäfts mit dem westdeutschen Imperialismus zur Aufgabe der letzten Reste ihrer früheren prinzipiellen Position, zur Aufgabe des antifaschistischen Kampfes, des Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus und für die völkerrechtliche Souveränität der DDR.

Es ist klar, daß mit diesem Übergang zur völligen Prinzipienlosigkeit die Korruptheit noch eine Steigerung erfuhr, daß das Bonzentum und Schmarotzertum, der Schwarzhandel, die Vetterwirtschaft auf Kosten der Massen und die persönliche Bereicherung in den Reihen der SED-Funktionäre Blüten treibt wie noch nie. Die Honecker-Clique insbesondere tut sich als übelster Antreiber der werktätigen Massen in der DDR hervor und ist unter den Massen völlig isoliert.

Die restlos verbürgerlichte SED-Führungsclique fürchtet jede freimütige Diskussion, jede Massenbewegung wie die Pest. Die Werke Stalins, Schriften aus der frühen DDR, Schriften von Thälmann usw. sind schon lange eingestampft. Die Ansätze sozialistischer Kultur, die die geschichtliche Rolle der Volksmassen hervorhebt, ihre Initiative und Bewegung vorantreibt, ihr Klassenbewußtsein erhöht, sind begraben. Stattdessen zerrt die SED alle verfaulten, spießhaften und reaktionären Traditionen hervor, mixt sie mit Elementen der dekadenten "Kultur" der westlichen Imperialisten und tischt mit einer penetranten Unverschämtheit dieses Gebräu den Massen als "sozialistische Kultur" auf, um sie zu lähmen. In den Wissenschaften tut sich die SED innerhalb der sozialdemokratischen Kräfte durch die Entwicklung zutiefst massenfeindlicher pseudomarxistischer Sozialtechniken hervor, die zur Irreführung und Zersetzung des Geistes der Arbeiterklasse dienen, um sie weiter und besser ausbeuten zu können.

Obendrein wurde die Führung der SED schon früh ein besonders übler und ausfallender Hetzer gegen alle revolutionären Kräfte und die Maoistengideen. Bereits auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 63 inszenierte die SED-Führung ein unwürdiges und beispielloses Spektakel, indem sie den geladenen Sprecher der revolutionären KP Chinas mit Pfeifkonzerten und Fußbetrampeeln am Reden hinderte. Zugleich heuchelten die SED-Führer, daß sie in der KP Chinas eine 'Bruderpartei' sehen würden und

daß ihnen die 'Einheit' der internationalen kommunistischen Bewegung besonders am Herzen liege.

Die Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse gegenüber dieser feigen Schmarotzer-Clique liegt auf der Hand: an der Spitze der Massen zur Revolution zu schreiten, diesen arbeitendaristokratischen Abschaum hinwegzufegen und ein für allemal niederzuhalten.

Die deutsche Arbeiterklasse wird die Lehren ziehen!

Die Entartung der DDR produziert auch ihr Gutes, weil sie den deutschen Massen das Wesen der Arbeitdaristokratie als einer neuen kapitalistischen Ausbeuterclique in aller Deutlichkeit vor Augen führt. Sie unterstreicht die Lehren der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, daß jede Versöhnung, jede "Einheit" mit der Arbeitdaristokratie, jedes Abweichen vom unversöhnlichen Klassenkampf die revolutionäre Sache zugrunde richtet. Es besteht kein Zweifel, daß die siegreiche Volksrevolution in Deutschland nur gegen die Arbeitdaristokratie, gegen die DGB-Kapitalisten und die DDR-Bonzen durchgeführt werden kann. Die deutsche Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten revolutionären Massen werden, aufgrund der Erfahrungen im Klassenkampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus gestählt, jede nochmalige Entartung eines sozialistischen Deutschland schon im Ansatz zu verhindern wissen.

Die KPD/ML (NEUE EINHEIT) hat das Hinaus säubern der Arbeitdaristokratie, der Karrieristen und Agenten aus den Reihen des Proletariats in der proletarischen Bewegung zu einem Grundpfeiler ihrer Politik gemacht. Wenn sich die Besten der Arbeiterklasse und der anderen unterdrückten Massen auf der Grundlage des radikalen, unversöhnlichen Kampfes gegen den Imperialismus in all seinen Erscheinungsformen in der Partei der Arbeiterklasse zusammenschließen, sich die wissenschaftliche Lehre vom proletarischen Klassenkampf zu tiefst aneignen und an diesen Grundlagen unverbrüchlich festhalten, dann sind sie in der Lage, in relativ kurzer Zeit die werktätigen Massen in Deutschland zum Sturz des Imperialismus und aller Ausbeutercliquen in Deutschland und zur Errichtung einer strahlenden sozialistischen Gesellschaftsordnung zu führen.

DIE REVOLUTIONÄRE STIMME

Herausgeber:

Kommunistische Partei Deutschlands
Marxisten-Leninisten (NEUE EINHEIT)

Presserechtlich verantwortlich:

Klaus Sender

Redaktionsadresse:

Verlag Neue Einheit

1 Berlin 30, Zietenstr. 22

Telefon: 0311/21623 57

(Montag bis Freitag 18 - 20 h)

Eigendruck im Selbstverlag

Zu den Betriebsratswahlen

In den jetzt im März, April und Mai stattfindenden Betriebsratswahlen versucht der DGB-Apparat gemeinsam mit der SPD, die Betriebsratsposten vollständig mit seinen eigenen Leuten zu besetzen. Dabei versuchen sie den immer größeren Unwillen und die schlechten Erfahrungen der Arbeiter mit ihrem Betriebsrat entgegenzutreten und posieren "es wäre doch besser als gar nichts" oder "jetzt haben wir mehr Rechte" und "mehr Demokratie" u.ä. Zu solchen Tricks müssen sie greifen, um den elenden Charakter der meisten Betriebsräte und den des neuen Betriebsverfassungsgesetzes zu verschleiern.

Warum ihre ganze Heuchelei?

Die Tätigkeit des Betriebsrates ist aufs engste mit den Bestrebungen des DGB-Apparates verbunden, die Arbeiterbewegung niederzuhalten und die Arbeiter für die imperialistische Bourgeoisie einzuspannen. Diese "Arbeitervertreter" spielen schon seit den fünfziger Jahren eine große Rolle bei der Abwiegerei der Kämpfe der Arbeiter und stellen eine unentbehrliche Stütze für die Bourgeoisie dar. Dies kennzeichneten wir in der Sondernummer 3 der "NEUEN EINHEIT":

"Es muß hier festgestellt werden, daß von Anfang an seit der Bildung des DGB die Gewerkschaftsführer die Aufgabe hatten, die Arbeiter in einer Organisation zu erfassen, die eine angebliche Interessenvertretung der Arbeiter ist, in Wirklichkeit die Arbeiter jedoch kontrollieren und jede Regung des selbständigen Kampfes der Arbeiterklasse abwiegeln soll.

Der Gewerkschaftsapparat soll als 'Interessenvertretung der Arbeitnehmer' in der Gesellschaft das Vertrauen der Arbeiter gewinnen. In der Öffentlichkeit wird die DGB-Organisation als die Kraft hingestellt, die die Arbeiter vertritt. Sie soll die Arbeiterklasse an den Imperialismus ketten, soll sie zum 'Mitgestalten' am Imperialismus, also zur Mitgestaltung an ihrer eigenen Ausbeutung heranziehen. Daher auch der ganze schändliche, betrügerische Charakter der Gewerkschaftsführer, die sich sozial und fortschrittlich gebärden, in Wirklichkeit aber - wie sich zuletzt in den Chemiestreiks zeigte - in organisierter Weise und planmäßig die Arbeiter an der Nase herumführen.

Der Gewerkschaftsapparat stellt eine unentbehrliche Stütze der Monopolbourgeoisie dar, die mit dieser Organisation bis weit in die Arbeiterklasse hineinreicht, und mit ihr zu diesem Zweck zehntausende fortschrittlicher Arbeiter, die sich ehrlich für den gewerkschaftlichen Kampf einsetzen wollen, betrügt. Die Gewerkschaftsführer, die diesen Apparat leiten, haben sich

als Verwalter der Arbeiterklasse für die imperialistische Bourgeoisie betätigt, sie haben erheblich dazu beigetragen, daß viele Arbeiter immer willfähriger gegenüber der Ausbeutung gemacht werden konnten."

Die Gewerkschaftsführer konnten sich durch ihre Handlangerdienste für die Bourgeoisie immer größeren Einfluß in der ganzen Gesellschaft sichern. Nun geben sie sich aber nicht mehr zufrieden damit, "nur" getreue Handlanger zu sein, sondern wollen sich selbst an die Spitze des westdeutschen Imperialismus stellen und sich zu neuen Ausbeutern aufschwingen. Gerade bei den Betriebsratswahlen wollen sie ihren Einfluß ausbauen.

Das Betriebsverfassungsgesetz dient der Knebelung der Arbeiterklasse

Nach der lautlos über die Bühne gezogenen Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im November letzten Jahres, preisen die DGB-Bonzen das Betriebsverfassungsgesetz als einen Erfolg, worin die Betriebsräte neue Rechte erhalten haben. Was hat es damit auf sich? Das seit 1952 bestehende Betriebsverfassungsgesetz war gedacht als ein Gesetz zur Knebelung der Arbeiterklasse. Es sollte den Arbeitern jegliche Möglichkeit für einen Kampf um ihre Rechte nehmen. Es sollte auch unter allen Umständen verhindern, daß die Arbeiter wie vor 1933 revolutionäre Betriebsräte bilden könnten, die den Kampf entschieden vorantreiben und mitorganisieren konnten. Die Kernpunkte dieses Gesetzes sind die Verpflichtung des Betriebsrates zum Betriebsfrieden, zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, zur Schweigepflicht, die von den Kapitalisten beliebig angeordnet werden kann, und das Verbot jeglicher politischer Aktivität im Betrieb. Daran hat sich auch im neuen Betriebsverfassungsgesetz nichts geändert. So wird es schon von vorneherein unmöglich gemacht, daß ein Betriebsrat einen Kampf führen, geschweige denn anführen kann.

Damit aber nicht genug, er muß auch darauf achten, daß erst gar kein Kampf entsteht und falls doch einmal einer entstehen sollte, muß er ihn unterdrücken helfen, um den Betriebsfrieden zu wahren. Wollen andererseits die Kapitalisten z.B. Entlassungen, Kurzarbeit oder Rationalisierungen durchführen und die Lage der Arbeiter weiter verschlechtern, so darf der Betriebsrat es den Arbeitern, wenn es die Kapitalisten wollen, nicht einmal sagen. Das ist also die sogenannte Interessenvertretung der Arbeiter!

Wie perfekt dieses Gesetz ausgetüftelt ist, zeigt sich dann, wenn einmal ein Betriebsrat die Arbeiter wirklich vertreten will. Dabei muß er logischerweise gegen einen oder anderen Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetzes verstoßen, und darauf droht ihm eine

hohe Geldstrafe oder er kann bis zu 2 Jahren ins Gefängnis kommen!

Allerdings haben die Betriebsräte auch einige "Möglichkeiten", für die Arbeiter tatsächlich etwas herauszuholen. Außer darüber zu wachen, daß die ausgehandelten Tarifverträge eingehalten werden, können sie manchmal einige "Reformen" wie z.B. sanitäre Anlagen, besseres Essen usw. herausholen, um die Ausbeutung doch etwas "menschlicher" zu gestalten. Der "Kampf" um solche Kleinigkeiten ist für sie auch notwendig, damit sie sich vor den Arbeitern wenigstens noch den Schein von Interessenvertretern bewahren können.

Die Betriebsräte spielen seit Jahrzehnten objektiv die Rolle von getreuen Kumpanen des westdeutschen Imperialismus und sollen in seinem Namen die Arbeiterklasse wehrlos und willfährig gegenüber seinen verbrecherischen Zielen machen. Nicht jeder Betriebsrat ist deshalb ein gemeiner Ausbeuter und Unterdrücker, aber es braucht sich keiner der Illusion hinzugeben, dort irgendetwas Fortschrittliches tun zu können. Er ist durch das Betriebsverfassungsgesetz gesetzlich verpflichtet, gegen die Arbeiterklasse zu wirken.

Einem Betriebsrat bleibt also nichts weiter übrig, als zum Handlanger der Reaktion zu werden und sich gegen seine eigene Klasse zu stellen.

Die Betriebsräte leben von der Unterdrückung der Arbeiterklasse

Die meisten Betriebsräte gehören aber bereits zu dem offen korrupten Gesindel, zur Arbeiteraristokratie, die im feindlichen Gegensatz zur Arbeiterklasse steht, und lassen sich noch als angebliche Arbeitervertreter von der Bourgeoisie bezahlen.

Wenn sich die Arbeiter selbständig gegen die sich ständig verschärfende Ausbeutung zur Wehr setzen wollen und sich nicht mehr vom Betriebsrat hinhalten lassen, zeigen diese "Interessenvertreter" ihr wahres Gesicht. Wenn nämlich die Arbeiter nicht mehr parieren, wie diese es möchten, verhalten sie sich, wie es die Kapitalisten und ihre Handlanger immer tun: sie drohen unverhüllt, daß sie schonungslos vorgehen werden und sie tun es auch tatsächlich. Bei den meist noch spontanen Erhebungen der Arbeiter versuchen sie zuallererst die Führer dieser Bewegung zum Schweigen zu bringen und damit die Bewegung gleich im Ansatz zu zerschlagen. Nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz haben sie dafür jetzt auch volles Mitbestimmungsrecht bei den Einstellungen, Versetzungen und Kündigungen erhalten, das sie auch schonungslos gegen kämpferische Arbeiter einsetzen werden.

Aber das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte beschränkt sich nicht nur auf die Unterdrückung der Arbeiterklasse, sondern es gilt auch für die weitere Verschärfung der Ausbeutung. Die SPD und der DGB-Apparat sind heute die schärfsten

Vorantreiber neuer Ausbeutungsmethoden. Sie haben z.B. großen Einfluß auf die Refa-Ausschüsse, die gerade dafür "zuständig" sind, die Arbeitshetze zu steigern und neue Methoden der Ausbeutung zu entwickeln. Den Betriebsräten fällt dabei insbesondere die Aufgabe zu, unter den Arbeitern nachzuforschen, wo sich die Arbeitshetze noch steigern läßt, ohne daß ihre Arbeitskraft zu schnell verschleißt, mit welchen Tricks sie sich noch weiter steigern läßt, ohne das die Arbeiter gleich dagegen aufstehen. Zu diesem Zweck werden die Betriebsräte nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz freigestellt für Schulungen, wo sie u.a. auf solche Aufgaben vorbereitet werden. Außerdem sollen sie unter den Arbeitern über die immer raffinierteren Ausbeutungsmethoden Verwirrung stiften und sie ihnen noch als "gewerkschaftliche Erfolge" schmackhaft machen.

Es ist klar, daß die Arbeiterklasse von den Betriebsräten nichts für sich zu erwarten hat, daß sie mit solchen Vertretern ihrer Klasse, die in den Betriebsräten die Geschäfte der Kapitalisten besorgen, abrechnen wird genauso wie mit allen Kräften, die in ihnen Illusionen über die schändliche Rolle der Betriebsräte wecken wollen.

Die 'linken' DGB-Reserven streben nach Betriebsratsposten

Gerade jetzt zu den Betriebsratswahlen treten verstärkt mehrere politische Organisationen und Gruppierungen auf, die vorgeben, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, die in Wirklichkeit aber nur den Einfluß ihrer eigenen Clique über die Betriebsräte und den DGB-Apparat stärken wollen.

Einerseits versuchen Teile der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, mit pseudolinken Phrasen an die Arbeiterklasse heranzutreten. Sie versuchen mit ihrer antikapitalistischen Phraseologie alle fortschrittlichen Arbeiter, die sich von den korrupten Gewerkschaftsbönnen abgewendet haben, erneut für den DGB zu ködern und somit gleichzeitig ihren eigenen Einfluß im DGB zu stärken. Ihr Radikalismus gegenüber den Kapitalisten hat sehr wohl eine reale Grundlage, denn sie wollen diese stürzen, allerdings nur, um sich an ihrer Statt als neue Ausbeuter aufzuschwingen. Mit dieser Politik wollen sie alle Arbeiteraristokratischen Elemente, alle Karrieristen und Postenjäger in den Betrieben an sich heranziehen, um ihre Bestrebungen, sich innerhalb des DGB an die Spitze zu stellen, zu stärken.

Eine solche Politik verfolgt auch die sogenannte 'KPD', die sich besonders radikal gebärdet. Sie versucht bei den Arbeitern den Eindruck zu erwecken, daß sie die Kraft sei, die einen entschiedenen Kampf gegen die Sozialdemokratie führen kann. Sie schreibt in ihrer 'Roten Fahne' (Nr. 40):

"Das Hauptziel der Partei bei den Betriebsratswahlen ist die Rolle der SPD als Agentur der Monopole vor den Arbeitermassen zu entlarven und ihrem Versuch, ihre Politik über die Be-

etriebsräte in den Betrieben stärker - zu verankern, entgegenzutreten."

Wie sieht denn nun ihr entschiedener Kampf gegen die Sozialdemokratie aus? Zunächst einmal ruft sie dazu auf, "fortschrittliche Arbeiter in die Betriebsräte zu wählen". Allein das heißt aber schon, Illusionen unter den Arbeitern zu verbreiten und sie weiter an die Arbeiteraristokratie und an die Sozialdemokratie auszuliefern.

Aber nicht genug damit, sie tritt offen dafür ein, den DGB-Apparat und die Betriebsräte auch noch auszubauen! So heißt es in ihrer 'Roten Fahne'(Nr. 38):

"Dort, wo noch kein Betriebsrat oder gewerkschaftlicher Vertrauenskörper besteht, muß die Initiative ergriffen und im Betrieb eine Bewegung für die Errichtung solcher Vertretungen in Gang gebracht werden."

Was sich die 'KPD' davon verspricht, kommt zum Ausdruck, wenn sie in der 'Roten Fahne' ihre Mitglieder dazu aufruft:

".. daß sich möglichst viele Genossen bei den Kollegen genügend Vertrauen und Einfluß sichern, um erfolgreich kandidieren zu können." Hier tritt es offen zutage, daß die 'KPD' nicht nur der Sozialdemokratie und dem DGB-Apparat den Rücken stärkt, sondern auch innerhalb derselben ihren eigenen Einfluß ausdehnen will, mit dem Ziel, sich schließlich selbst an die Spitze dieser Kräfte zu stellen. Damit wird auch deutlich, worauf es der 'KPD' im Grunde ankommt, wenn sie dem Versuch der SPD entgegenzutreten will, "ihre Politik über die Betriebsräte in den Betrieben stärker zu verankern." Es kommt ihr nämlich darauf an, ihren eigenen Einfluß auf die Arbeiterklasse über die Betriebsräte auszuweiten.

Der wirklichen Bewegung zuwider, die nämlich gezeigt hat, daß innerhalb des DGB-Apparates und der Betriebsräte so gut wie keine Möglichkeit besteht, einen wirklichen Kampf zu führen, knüpft die 'KPD' gerade an die noch vorhandenen Illusionen unter den Arbeitern an, über den DGB und die Betriebsräte doch noch etwas erreichen zu können. Sie versucht mit ihren radikalen Phrasen fortschrittliche Arbeiter zu täuschen, sie erneut an die Arbeiteraristokratie auszuliefern und an den reaktionären DGB-Apparat zu ketten.

Die ganze "Härte" ihres Kampfes gegen die SPD und die DGB-bonzen ist daran zu messen, wenn sie jetzt in einigen Betrieben, wie z.B. bei Siemens in Westberlin, zur Unterstützung der offiziellen IG-Metall-Liste aufruft.

Nun gibt es noch einige Organisationen wie die KPD/ML(Roter Morgen) und die KPD/ML(Rote Fahne), die meinen, daß sich ihre Politik grundsätzlich von der der 'KPD' unterscheidet, wenn sie dazu auffordern, "klassenkämpferische Arbeiter" in die Betriebsräte zu wählen. Worin liegt aber da noch der Unterschied, wenn auch sie unter den Arbeitern Illusionen über die Rolle der Betriebsräte verbreiten, wenn auch sie sich damit objektiv als Helfershelfer der Sozialdemokratie und des DGB-Apparates betätigen?

Im Grunde traben sie mit ihrer Politik der 'KPD' nur noch hinterher und haben alle Mühe sich von ihrer Politik zu unterscheiden. So tritt auch die KPD/ML (Roter Morgen) in Westberlin neuerdings für eine starke IG-Metall ein.

Unsere Partei hat in mehreren Artikeln nachgewiesen, daß es für die Arbeiterklasse keinen gemeinsamen Weg mit dem DGB-Apparat geben kann. (Siehe dazu die Schriften von Klaus Sender: "Nieder mit der korrupten Gewerkschaftsführung! Gegen das Verbot der KPD/ML(NEUE EINHEIT)!" und "Über das Wesen des DGB"!.) Unsere Partei tritt auch für einen Boykott der Betriebsratswahlen ein.

Die Arbeiterklasse muß einen klaren Trennungsstrich zwischen sich selbst und der Arbeiteraristokratie, den von der Bourgeoisie gekauften Elementen im DGB-Apparat und in den Betriebsräten, ziehen. Sie muß gestützt auf ihre eigene Kraft den Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus aufnehmen. In der jetzigen Phase besteht die einzige Möglichkeit, einen konsequenten gewerkschaftlichen Kampf zu führen, darin, daß die Arbeiter selbständige Kampfkomitees in den Betrieben bilden- als Vorform einer neuen revolutionären Gewerkschaft der Arbeiterklasse. Wenn die Arbeiter mit dem korrupten Gesindel in ihren Reihen, mit dem arbeiteraristokratischen Lumpenpack aufräumen und sie zu ihren Feinden rechnen, wird ihr Kampf sich kraftvoll und unaufhaltsam entwickeln.

Im Verlag NEUE EINHEIT soeben als Broschüre erschienen:

**Nieder mit der korrupten
Gewerkschaftsführung!
Gegen das Verbot der KPD/ML
(NEUE EINHEIT)!**

NEUE EINHEIT Sondernummer 3/71

DIN A 6 36 Seiten -.30 DM

Im Verlag NEUE EINHEIT soeben als Broschüre erschienen:

**Über das Wesen
des DGB**

NEUE EINHEIT
Sondernummer 4/71

DIN A 6 36 Seiten -.30 DM

Die Lehren der Hausbesetzung

Am 19.3. 1972 besetzten rund 200 Jugendliche ein Haus in der Lützowstraße. Diese Hausbesetzung verlief ziemlich friedlich. Die Polizei versuchte die Jugendlichen nicht zu vertreiben, wie das im Bethanien-Haus der Fall war, das schon vor einiger Zeit von Jugendlichen besetzt worden war und zum 'Georg-von-Rauch-Haus' umbenannt wurde. Schon am selben Abend erschien ein Abgesandter des Senats, der den Jugendlichen die Nutzung des Hauses zusicherte. Am nächsten Tag nahm der Senat jedoch seine Zusage wieder zurück und verlangte scheinheilig von den Jugendlichen, daß sie das Haus vorläufig räumen sollten, um so ihre Verhandlungsbereitschaft unter Beweis zu stellen. Als die Jugendlichen darauf nicht eingingen, wurde das Haus von der Polizei geräumt. Die Vermutung liegt nahe, daß die Besetzung von vornherein unter Kontrolle des Senats stattfand, wofür insbesondere spricht, daß schon wenige Stunden nach der Hausbesetzung am späten Abend der Abgesandte des Senats auftauchte.

Der Grund für die Hausbesetzung war, daß vielen Jugendlichen die Unterdrückung durch die Bourgeoisie bis zum Halse steht, daß sie damit beginnen, sich selbständig gegen den Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse, den sie zu spüren bekommen durch die Polizei, durch die Lehrer und Erzieher, die Meister usw., zur Wehr zu setzen, und bereit sind, ihn zu bekämpfen. Das Fortschrittliche an dieser Bewegung war, daß die Jugendlichen aus einer allgemeinen Unzufriedenheit heraus und aus dem Drang nach einer sozialen Wandlung der ganzen Gesellschaft die Initiative ergriffen haben, mit dem Willen, ihre Lage zu verändern.

Die Bourgeoisie versucht die Hausbesetzungen politisch auszunutzen

Der Senat versucht von innen her diese Bewegung unter seinen Einfluß zu bekommen; darum schleust er "Sozialarbeiter" und andere üble Agenten wie z.B. Vertreter der Jusos in die Reihen der Jugendlichen ein. Diese Agenten sollen sich das Vertrauen der Jugendlichen erschleichen, indem sie auf mitleidig tun und sich geduldig die Probleme der Jugendlichen anhören. Sie versuchen den Jugendlichen einzureden, daß man die Widersprüche im Senat ausnutzen könne, um eine "sozialistische Oase" aufzubauen. Was haben nun die "Sozialarbeiter" und andere üble Elemente vor, wenn sie ihnen weismachen wollen, man könne den Senat ausnutzen, man könne gewisse Zugeständnisse von der Bourgeoisie erhoffen, man könne doch ohne einen radikalen Kampf einen allmählichen Fortschritt in unserer Gesellschaft erreichen. Sie wollen die Jugendlichen mit ihrem versöhnlichen, pazifistischen Gerede entwaffnen, sie wollen sie vom Weg des radikalen Kampfes abbringen und sie schlachtreif machen für die Reaktion.

Unter dem Mantel der 'Demokratie' und des 'sozialen Fortschritts' zwingt der westdeutsche Imperialismus seine niederträchtige Schmarotzerherrschaft den Volksmassen

auf. Wir müssen die Taktik dieser Imperialistenclique erkennen, die den Anschein von Demokratie wahren will, so gut es geht, und zu diesem Zweck mit Fortschritt heuchelnden Spitzeln und ganze Agenturen, die sich teilweise sogar als 'kommunistisch' tarnen wie die 'KPD', jede fortschrittliche Bewegung unter den Volksmassen unter ihre Kontrolle bringen und im Keim ersticken will. Viele der Jugendlichen haben sich bis jetzt täuschen lassen, weil sie das pseudofortschrittliche, schändliche Getue der Sozialarbeiter und anderer üblen Agenten noch nicht durchschaut haben.

Wir leben in einem imperialistischen Land, in einer Gesellschaft, in der für die breitesten Volksmassen keine Demokratie mehr vorhanden ist, wo jeder fortschrittliche Mensch mit Verfolgungen, Rausschmiß aus dem Betrieb oder aus der Schule, mit Verleumdungen, Bedrohungen, Bestrafungen und sogar mit feigen Mordanschlägen rechnen muß. Wenn man sich diese Tatsachen vor Augen hält, erkennt man, daß es unmöglich ist, ein Haus zu besetzen, um dort eine "sozialistische Oase" zu gründen. Am Bethanien-Haus, in dem die Jugendlichen ebenfalls eine solche "sozialistische Oase" errichten wollten, hat die Bourgeoisie mittlerweile ihre helle Freude. Sie hat die Jugendlichen dort nicht nur unter ihrer Kontrolle, weil sie durch ihre "Sozialarbeiter" die Jugendlichen bewacht und jeden revolutionären Impuls von innen her zu ersticken sucht, sondern sie probiert und experimentiert gleichzeitig auch die neuesten pseudofortschrittlichen Erziehungsmodelle aus, die sie später im großen Maßstab zur Niederhaltung der Jugend einsetzen will. Gegen Elemente, die den Jugendlichen eine solche 'soziale' Gemeinschaft inmitten des imperialistischen Systems auch noch schmackhaft machen wollen, muß ein scharfer Kampf geführt werden.

Die Jugendlichen müssen den unversöhnlichen Kampf aufnehmen!

Viele Jugendliche hatten aber noch eine vertrauensselige Haltung gegenüber den "Sozialarbeitern" und redeten allgemein von Solidarität, ohne deren Wesen erkannt zu haben. Solidarität ist nur richtig, solange sie die eigenen Reihen gegen den Klassenfeind schließt und festigt. Es kann aber niemals Solidarität geben mit solchen Elementen, die die Geschäfte des Senats besorgen, die uns systematisch verdummen sollen, die reformistische Illusionen verbreiten, mit dem Ziel, uns an die Bourgeoisie zu ketten.

Auch das Flugblatt "Solidarisiert Euch mit dem Jugendzentrum Tiergarten" zeugt von einer Leichtgläubigkeit gegenüber der Reaktion, vom Sozialpazifismus und Sozialreformismus, wie ihn gerade die Jusos und "Sozialarbeiter" predigen. Aus Protest dagegen, daß der Senat ihnen nicht kostenlos ein Gebäude für ihre Zwecke überlassen hatte und die Verhandlungen platzen ließ, wollten die Jugendlichen die Bevölkerung auf ihre Sache aufmerksam machen. Sie sperrten eine Straße vor dem Bezirksamt Tiergarten ab und bauten Barrikaden aus

Autowracks auf. Mit brutaler Gewalt, vorgehaltenen Pistolen und Schlagstöcken ging die Senatspolizei daraufhin gegen sie vor. Einige Jugendliche wurden brutal zusammengeschlagen und zwanzig von ihnen verhaftet. In dem Flugblatt heißt es dazu: "DIE UNVERHÄLTNISSÄSSIGKEIT der Mittel kennzeichnet polizeistaatliche Methoden, die uns natürlich nicht daran hindern werden, unsere GEWALTLOSEN Aktionen zur Durchsetzung eines autonomen Jugendzentrums in Tiergarten weiterzuführen."

Genau das, was die Verfasser hier schreiben, will der Senat ja gerade erreichen: Einerseits mit seinem Polizeiterror, der den Jugendlichen beweisen soll, daß jegliche Form von Radikalität nicht zum Erfolg führt, daß die Jugendlichen nur über den Weg von Verhandlungen zu "ihrem Ziel" kommen. Andererseits mit seinen bezahlten Abwiegler unter den Jugendlichen, die ihnen Illusionen machen, man könne dem Staat durch Verhandlungen etwas abtrotzen, und die gleichzeitig gewaltlosen Widerstand predigen und die Jugendlichen somit wehrlos gegenüber dem Terror machen.

Die Jugendlichen sollten jetzt aus ihren Erfahrungen die Konsequenzen ziehen. Den Weg, auf den die Jusos und Sozialarbeiter die Jugendlichen bringen wollen, den Weg des Sozialreformismus und Sozialpazifismus, auf dem angeblich innerhalb des Kapitalismus soziale Verbesserungen für die Massen erreicht werden können, auf dem durch Bittgesuche und Verhandlungen Zugeständnisse von der herrschenden Klasse erreicht werden

sollen, sollten sie auf keinen Fall einschlagen. Die Bourgeoisie will ja gerade mit Hilfe solcher Abwiegler wie der Jusos und "Sozialarbeiter" erreichen, daß die Jugendlichen eine nachgiebige, inkonsequente Haltung einnehmen, sich Illusionen über unsere Gesellschaft machen und somit gar nicht erst zu einer ernststen Gefahr für die Bourgeoisie werden.

Entscheidende Veränderungen in der Gesellschaft sind immer nur im Kampf, in einem radikalen, unversöhnlichen Kampf der Massen gegen die herrschende Klasse erreicht worden - sei es nun eine große Veränderung wie der Sturz der herrschenden Klasse einer Gesellschaft durch eine breite, bewaffnete Revolution der Volksmassen, oder sei es nur eine kleine Veränderung zugunsten der Massen, die einen Schritt vorwärts auf dieses Ziel hin bedeutet. Dies ist gerade die Lehre, die die an der Hausbesetzung und den ihr nachfolgenden Aktionen beteiligten Jugendlichen jetzt aufgrund ihrer letzten Erfahrungen ziehen müssen. Wollen sie vorwärtskommen, wollen sie gegen die Bourgeoisie und ihren Senat etwas ausrichten, dann helfen ihnen weder Kompromisse mit dem Senat noch spontane und vereinzelte Aktionen etwas. Dann müssen sie alle reformistischen und pazifistischen Illusionen über Bord werfen, dann brauchen sie eine Kampforganisation, die einen unversöhnlichen Kampf gegen die Bourgeoisie führt, mit dem Ziel, sie im revolutionären Volkskrieg zu stürzen und eine völlig neue, sozialistische Gesellschaft zu errichten, in der die Volksmassen die Macht innehaben.

Feiger Überfall auf einen Genossen der KPD/ML (NEUE EINHEIT)

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde auf ein Mitglied der KPD/ML (NEUE EINHEIT) in dem Senatslokal "Sloopy" ein feiger hinterhältiger Überfall verübt. In heimtückischer Weise schlug ihn ein Senatschläger, der unter den Leuten dort schon berüchtigt ist, mit der Schädeldecke gegen das Nasenbein mit einer solchen Wucht, daß dieses abbrach und zersplitterte. Mit bestialischer Gemeinheit versuchte er ihm auch noch mit einem spitzen Schlagring in die Augen zu stechen. Nur durch seine schnelle Reaktion konnte der Lehrling verhindern, daß ihm die Augen ausgestochen wurden. Diese feigen faschistischen Methoden zeigen deutlich die ganze Charakterlosigkeit der sozialdemokratischen Bluthunde. Trotz dieser bestialischen Schläge wehrte sich unser Genosse heldenhaft, so daß der Schläger anfangs, vor dem blutüberströmten Lehrling zu winseln. Dies hätte ihm aber nichts geholfen, wenn nicht gleichzeitig ein Wirt und Vertreter des Senats den Lehrling gepackt und rausgeschmissen hätten, wobei sie ihn noch pazifistisch abwiegeln wollten.

Es handelt sich offensichtlich um einen vorbereiteten Überfall gegen den Genossen, den der Senatsvertreter mit dem Schläger abgesprochen hatte. Der einzige Haken war, daß der Lehrling sich dies nicht gefallen ließ und dieser feigen Ratte eins in die Fresse schlug. Ein weiteres Vorgehen des

Genossen gegen den Schläger konnte sich die Senatsaufsicht nicht leisten. Es wäre damit für die anderen Anwesenden sichtbar geworden, daß es nämlich gilt, gegen so ein dreckiges, kriminelles Gesindel mit äußerster Härte vorzugehen. Es wäre ihr ganzes sozialdemokratisches Unterdrückungssystem aufgefliegen.

Dieses System funktioniert nach folgenden Prinzipien: Einzelne, wenn möglich die Fortschrittlichsten, werden herausgegriffen und brutal zusammengeschlagen. Andererseits wird von der Sozialdemokratie mit solchem Gerede wie: "Da kann man ja doch nichts machen", "sonst würde es ja nur noch schlimmer werden", abgewiegelt. Jeder Widerstand, jede Solidarität soll damit im Keim erstickt werden. Damit wollen sie die Jungarbeiter schlachtreif für ihre schweinische Unterdrückung und Ausbeutung machen. Es gilt, daß die Jugendlichen die gesellschaftlichen Zusammenhänge erkennen, daß sie das Zusammenwirken von brutaler Gewalt und Abwiegelei sehen. Sie müssen die Allianz von diesen kriminellen Elementen und der ganzen Sozialdemokratie erkennen, die den Zweck hat, jede fortschrittliche Regung zu unterdrücken, und die versucht, die Arbeiterjugend zu terrorisieren, zu Feiglingen und zu Duckmäusern zu erziehen und ihr damit das revolutionäre Rückgrat zu brechen.

Die 'KPD' greift zu Terrormethoden faschistischer SA-Banden!

Am Freitagabend startete in einem Gebäude der Technischen Universität eine Truppe von ca. 50 'KPD'-Anhängern unter der Führung des als ehemaligen Mitglieds des FU-Ordnungsausschusses bekannten Studenten Udem einen faschistischen Überfall auf eine Gruppe von 15 Studenten, unter denen sie Vertreter der Kommunistischen Hochschulgruppe (NEUE EINHEIT) vermuteten. Tatsächlich bestand diese Gruppe neben Anhängern der NEUEN EINHEIT aus Kommilitonen der Allgemeinen Demokratischen und Gewerkschaftlichen Studentenorganisation (ADGS) und der Kommunistischen Studentengruppe (KSG). Der unsinnige Vorwand für den Überfall, wir hätten ihre Tagung im Nebenraum gestört, diene nur zur Täuschung und Rechtfertigung ihrer faschistischen Terrormethoden vor ihren eigenen Anhängern. Sie gaben offen zu verstehen, daß sich ihr feiger Überfall gegen die NEUE EINHEIT richtete und warfen die 15 Genossen mit Gewalt aus deren Tagungsraum hinaus. Ihre Absicht, sie auch aus dem Gebäude der TU zu vertreiben, scheiterte an deren Widerstand.

Dies ist kein Einzelfall. Diese konterrevolutionäre Bande hat wiederholt schon einzelne Verteiler und Verkäufer der KPD/ML (NEUE EINHEIT) tätlich angegriffen und an der Propaganda zu hindern versucht. Sie hat damit ihre enge Verwandtschaft zu den faschistischen SA-Banden bewiesen. In der Tat ist der wütende Haß und die Furcht der 'KPD' gegen die Politik der KPD/ML (NEUE EINHEIT) begründet. Die KPD/ML (NEUE EINHEIT) hat wiederholt anhand der Politik der 'KPD' aufgezeigt, daß diese Organisation die Geschäfte des Senats innerhalb der linken Bewegung verrichtet, daß sie systematisch diese Bewegung von innen her schwächen und ihr die revolutionären Potenzen rauben soll.

So wurde z.B. in der NEUEN EINHEIT Sondernummer 1/72 anlässlich der Demonstration gegen die Ermordung Thomas Weißbeckers aufgezeigt, daß die 'KPD' alles daran setzt, die fortschrittlichen Kräfte daran zu hindern, sich gegen Überfälle der Polizei zur Wehr zu setzen, daß sie den Massen Mäßigung gegenüber der Polizei predigt. Andererseits hat die 'KPD' nun bewiesen, daß sie gegenüber den revolutionären Kräften selbst zu faschistischen und terroristischen Maßnahmen greift. Und dies ist auch ganz logisch. Denn sie konnte bis jetzt unseren Beschuldigungen kein einziges Argument entgegensetzen und kann es auch nicht, da diese Beschuldigungen der Wahrheit entsprechen und das Wesen dieser sozialdemokratischen und sozialfaschistischen Agentur vor den Massen aufdecken. Ihr ganzes Trachten ist jetzt darauf gerichtet, zu verhindern, daß sich diese Wahrheit unter den Massen verbreitet. Einerseits versucht sie uns totzuschweigen, andererseits versucht sie uns zu terrorisieren und an unserer politischen Arbeit zu hindern.

Diese Vorfälle zeigen die ungeheure Heuchelei dieser Gruppe, die unverschämterweise auch noch ein großes Geschrei über den "Abbau der demokratischen Rechte des Volkes" erhebt.

Ihr 'KSV' und ihre 'Liga gegen den Imperialismus' spielen sich vor den Studenten als große "Internationalisten" auf, starten eine Unmenge von Kampagnen gegen die Verbrechen des amerikanischen Imperialismus in Vietnam usw. Der politische Zweck dieser Kampagnen besteht darin, daß die 'KPD' den Anschein erwecken will, als führe sie einen Kampf gegen den Imperialismus, während sie in Wirklichkeit die Verbrechen des BRD-Imperialismus systematisch verharmlost, verschweigt und deckt. Den Unmut und den Haß unter den Jugendlichen gegen die imperialistische Unterdrückung lenkt die 'KPD' mit diesen Kampagnen auf "internationale Ziele". Dabei wiegelt sie noch mit ihrem Pazifismus ab, verbreitet mit ihren nichtssagenden Phrasen Desinteresse und sucht so, die Massen abzustumpfen, wobei sie gleichzeitig noch möglichst viele bei sich organisieren will. Auf der anderen Seite diffamiert sie jede spontane Empörung der Massen, die sie nicht unter ihrer Kontrolle hat, als "rein moralisch". Nur den Kampf unter ihrer Führung, die sie als Führung der Arbeiterklasse bezeichnet (in Wirklichkeit meint sie die Arbeiteraristokratie!) läßt sie gelten, jeden anderen diffamiert sie als "ständisch und reaktionär". Wer sich von dieser Politik abwendet, sie kritisiert, gilt als "antikommunistisch". Damit will sie die Massen systematisch vom Kommunismus abstoßen und jede selbstständige Bewegung unter ihnen bremsen.

Man muß sich klar machen, daß es sich hier um eine ganz ähnliche Methode der Heuchelei handelt, mit der sich das sozialfaschistische Regime in der heutigen Sowjetunion als "sozialistisches Land" aus gibt, mit der sie jede Kritik an ihrer sozialimperialistischen Entartung als "antisowjetisch" diffamiert. Dort hat eine sozialfaschistische Clique die gesellschaftliche Macht, und während sie "Unterstützung des weltweiten antiimperialistischen Kampfes" vortäuscht, betreibt sie nach innen eine faschistische Unterdrückung und überfällt andere Völker im Namen des "Sozialismus". Die 'KPD' ist eine ganz ähnliche sozialfaschistische Clique, die eine offene politische Auseinandersetzung unter den Massen zu verhindern sucht, eine Kritik an ihrer Politik als "antikommunistisch" diffamiert, gegen die revolutionären Kräfte schließlich mit Terror vorgehen muß.

Diese sozialfaschistische Bande ist sich klar, daß sie in einer ausweglosen Situation steht, denn mit ihren terroristischen Maßnahmen, die uns schwächen und unsere Politik behindern sollen, beweist sie selbst vor aller Augen, daß unsere Einschätzung richtig ist. Sobald aber die Massen, denen die 'KPD' zum großen Teil schon verhaft ist, erkannt haben, daß es sich bei dieser Bande um einen Feind in den eigenen Reihen handelt, der sich mit pseudosozialistischen Phrasen tarnt, und daß man diese Bande zerschlagen muß, die mit perfiden Methoden die Arbeiter und Studenten in den Griff zu bekommen sucht

und an die Sozialdemokratie ketten will, hat das letzte Stündlein dieser Agentur geschlagen. Sobald ihr betrügerisches Wesen vor den Massen aufgedeckt ist, ist sie, wie alle reaktionären Kräfte gezwungen, zu offenem Terror gegenüber den fortschrittlichen Kräften überzugehen. Damit beschleunigt sie aber notwendig ihren eigenen politischen Bankrott und treibt ihren Untergang voran.

Dieser faschistische Überfall der 'KPD' steht im Zusammenhang mit der Propaganda der KPD/ML (NEUE EINHEIT) für eine revolutionäre Mai-Demonstration, die in feindlichem Gegensatz zur SEW und 'KPD' steht, die ebenfalls zu Demonstrationen aufgerufen haben. So war ein Vertreter der KPD/ML (NEUE EINHEIT) tags zuvor auf einer Veranstaltung des sog. 'gewerkschaftlichen Maikonitees' der 'KPD' aufgetreten und hatte deren schändliches Treiben und ihr arbeiteraristokratisches Wesen entlarvt. Den Maiaufruf der KPD/ML (NEUE EINHEIT), der auch auf dieser Veranstaltung verteilt worden war, hatte diese feige Bande uns wütend entgegengehalten. Dort heißt es zur Demonstration der KPD/ML (NEUE EINHEIT):

"Diese Demonstration wird eine Demonstration des unversöhnlichen Kampfes gegen Imperialismus und Sozialimperialismus in all ihren Erscheinungen sein. Sie wird sich insbesondere auch gegen die korrupte Gewerkschaftsführung, gegen das DGB-Kapital richten. Es wird eine Demonstration sein für die Solidarität der Arbeiterklasse, die sich gegen das ganze arbeiteraristokratische Lumpenpack, gegen die vom Imperialismus bestochenen Elemente in der Arbeiterklasse, gegen die Sozialdemokratie richtet. Sie wird

kundtun, daß die Arbeiterklasse reinen Tisch macht, einen klaren Trennungsstrich zwischen sich selbst und der Arbeiteraristokratie zieht."

Es ist damit zu rechnen, daß die 'KPD' in der folgenden Zeit verstärkt mit terroristischen Überfällen unsere Kampagne für den 1. Mai zu verhindern suchen wird. Sie hilft damit dem Senat, der jetzt schon gekaufte faschistische Schläger auf einzelne Arbeiter unsere Partei hetzt, wie kürzlich geschehen. Wir fordern alle fortschrittlichen und revolutionären Arbeiter, Studenten und Schüler auf, sich gegen diese sozialfaschistische Bande der 'KPD' zu erheben und sich unserer Demonstration zum 1. Mai anzuschließen.

Wir werden in Zukunft jeden der hinterhältigen Angriffe dieser feigen Bande mit einem Gegenangriff beantworten und fordern alle fortschrittlichen Kräfte auf, unseren Kampf gegen dieses arbeiteraristokratische Lumpenpack, das jede Demokratie unter den Massen mit Füßen tritt, zu unterstützen und die reaktionäre sozialfaschistische 'KPD'-Clique zu vernichten.

ANMERKUNG:

Dieser Artikel ist eine überarbeitete Fassung eines Flugblatts der Kommunistischen Hochschulgruppe (NEUE EINHEIT), das in den letzten Tagen unter den Studenten verbreitet wurde. Die 'KPD'-Anhänger stimmten dabei ein ohnmächtiges Gebell an und drohten mit weiteren Überfällen, wagten aber vor den Studenten keine Schlägerei zu beginnen. Denn die Massen würden mit diesem Gesindel so verfahren, wie es ihm zusteht.

Notiz zu einigen Erfahrungen beim Verkauf unserer Zeitungen

In der letzten Zeit wurden unsere Zeitungen auch in verschiedenen Lokalen und Treffpunkten von Studenten und fortschrittlichen Jugendlichen verkauft. Am 1. 4. wollten einige Genossen die "Revolutionäre Stimme" und die "NEUE EINHEIT" Sondernummer "Zur Frage des Kampfes gegen den reaktionären Mordterror" in dem sich als sozialistisch bezeichnenden Lokal "Latscha II" in Kreuzberg verkaufen.

Dies war dem Wirt offensichtlich äußerst unliebsam. Er wollte den Genossen verbieten, seinen Gästen die Zeitungen anzubieten, und pochte auf sein Hausrecht. Damit rief er jedoch nur den Protest eines Teils der Anwesenden hervor, die um so interessierter die Zeitungen kauften. In seiner ohnmächtigen Wut drohte der Wirt nun die Polizei zu rufen, und hetzte schließlich seinen Angestellten dazu auf, blindlings auf einen Verkäufer einzuschlagen. Die Genossen brachten ihn zusammen mit einigen Gästen wieder zur Besinnung und entlarvten den Wirt vor allen Anwesenden als ein feiges niederträchtiges Scheusal. Es stellte sich heraus, daß der Wirt allen Grund dazu hatte, die Verbreitung der "NEUEN EINHEIT" und der "Revolutionären Stimme" zu fürchten, denn er entpuppte sich als ein Anhänger der 'KPD', die von uns gerade in diesen Zeitungen als eine Agentur der Sozialdemokratie und des westdeutschen Imperialismus angeprangert

wurde. Die ganze Verlogenheit und Verfaultheit der 'KPD', die vom sozialistischen und demokratischen Kampf redet, von ihrem Charakter her aber eine sozialfaschistische Partei ist, die gegen Sozialismus und Demokratie eingeschworen ist, zieht solche Leute in ihr Gefolge, denen jedes Mittel recht ist, um eine freie politische Information und eine offene politische Auseinandersetzung unter den Massen zu unterdrücken.

Dieser Vorfall ist bei weitem kein Einzelfall. Bei einem Teach-In der 'KPD' in der Gauß-Akademie vor einiger Zeit versuchte z.B. eine ganze Horde von 'KPD' Schlägern den Verkauf der "NEUEN EINHEIT" zu verhindern, indem sie gewaltsam gegen die Genossen vorgingen und ihren Verkaufstisch umstürzen wollten. Aber auch dort wurden sie zurückgeschlagen, wurde ihre Heuchelei und ihre Angst vor der Entlarvung ihrer Rolle als untere Helfershelfer der Sozialdemokratie aufgedeckt.

Die Masse der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte muß solchen erbärmlichen Versuchen der Bourgeoisie und ihrer Agenten entgegentreten und unbedingt an dem Prinzip der uneingeschränkten öffentlichen Auseinandersetzung und der unbehinderten Verbreitung der fortschrittlichen und revolutionären Presse festhalten.

Niederträchtiger Massenmord des türkischen Faschismus

Am Mittwoch, dem 5.4., um 17³⁰ veranstalteten die "Patriotische Einheitsfront der Türkei", türkische, iranische, arabische und palästinensische Studentenvereine eine Protestkundgebung gegen den faschistischen Mordterror und gegen die Tyrannei in allen faschistischen Ländern.

Anlaß war der am 30.3. 1972 verübte Mord des türkischen Faschistenregimes an 10 jungen türkischen Patrioten und an den 3 britischen Geiseln; diese waren von den Patrioten entführt worden, um die Hinrichtung drei anderer Patrioten zu verhindern.

Dieses Massaker der faschistischen türkischen Regierung ist ein neuer Höhepunkt in ihren Versuchen, den heroischen Befreiungskampf des türkischen Volkes zu unterdrücken. Seit Monaten werden Tausende von Revolutionären und Patrioten verhaftet, gefoltert und Dutzende ermordet. Angesichts der verstärkten Anstrengungen der türkischen Revolutionäre, den Volkskrieg zu organisieren und sich von den Imperialisten und den türkischen Faschisten zu befreien, verstärkt auch die deutsche bürgerliche Presse ihre Hetze und Verleumdungen. Sie versucht in der deutschen Arbeiterklasse zu verbreiten, daß das türkische Volk selbst an seinem Elend und der Unterdrückung schuld ist. In Wirklichkeit sieht es so aus, daß die US-imperialistischen und mehr und mehr auch die westdeutschen imperialistischen Blutsauger die Türkei ausplündern, das Volk ausbeuten, jede eigenständige Entwicklung der Türkei verhindern und sie völlig von sich abhängig machen. Die SPD-Regierung liefert Waffen und unterstützt die korrupte faschistische Diktatur finanziell, damit westdeutsche Konzerne wie Siemens, Krupp, Thyssen, AEG das Volk weiter für Hungerlöhne auspressen können. Zum an-

deren nutzt die westdeutsche Bourgeoisie das von ihr erzeugte Elend des türkischen Volkes, holt die türkischen Arbeiter nach Deutschland und will so die Arbeiterklasse untereinander aufhetzen. Zudem verstärkt die SPD-Regierung den Terror und die Hetze gegen fortschrittliche ausländische Arbeiter und Studenten in Westdeutschland und Westberlin, die gegen die faschistische Diktatur in ihrer Heimat und gegen den Imperialismus kämpfen.

Das Ausländergesetz soll unter dem Vorwand, es sei gegen Kriminelle gerichtet, verschärft werden, um ausländische Kommunisten an die faschistischen Diktaturen auszuliefern, was einem Todesurteil gleichkommt.

Je übler aber die Reaktionäre werden, desto heftiger beginnen sich die Völker zu wehren. Nach der Ermordung der 10 Patrioten und der drei NATO-Techniker traten sofort die Arbeiter in einigen Betrieben Istanbuls in den Streik, Studenten der Universität Ankara traten ebenfalls in den Streik, Flugblätter wurden verteilt und es explodierten mehrere Bomben. Das türkische Volk wird die 10 ermordeten Patrioten, die sich bis zuletzt heldenhaft verteidigten, niemals vergessen und sie blutig rächen.

In dem Aufruf zur Kundgebung heißt es dazu:

"Unser Volk wird gewiß mit den mörderischen Faschisten abrechnen. Unser Volk wird jede Tyrannei, jeden Mord rächen. Kein Mord der Faschisten wird unbestraft bleiben. Unser Volk wird durch seine organisierte revolutionäre Gewalt die reaktionäre Gewalt der Faschisten zerschlagen und die Volksdemokratie errichten."

TOD DEM FASCHISMUS - FREIHEIT DEN VÖLKERN!

